



Top-Thema: **Köpfe gegen Kopfpauschale**

Ergebnisse im Herbst:

Reform-Kommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem“
tagt wieder am 30. Juni 2010

In ihrer Juni-Sitzung will sich die Kommission u. a. mit der Entwicklung eines solidarischen Finanzierungsmodells, mit Verteilungswirkungen sowie rechtlichen Implikationen beschäftigen.

In der ersten Sitzung im März 2010 verständigte sich die vom DGB einberufene Reform-Kommission auf ein Grundsatzpapier für ihre Arbeit. Darin heißt es: „Ziel der Reform-Kommission ‚Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft‘ ist die Weiterentwicklung und nachhaltige Stärkung der solidarischen Finanzierung der selbstverwalteten Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), damit für jeden Menschen in Deutschland eine hohe, wohnortnahe Versorgungsqualität in der Fläche und ein solidarischer Ausgleich zwischen Allen, insbesondere Gesunden und Kranken, Jungen und Alten sowie Gut- und Geringverdienenden gewährleistet ist.“ (Den vollständigen Beschluss der Kommission können Sie hier nachlesen: <http://www.dgb.de/++co++1af226a8-33a1-11df-5d34-00188b4dc422>)

In der April-Sitzung diskutierte die Kommission die Grundlagen der Gesetzlichen Krankenversicherungen, deren Vorteile gegenüber Kopfpauschalensystemen sowie die bisherigen Belastungen der Versicherten.

Die Mitglieder der Reform-Kommission (siehe <http://www.dgb.de/-/pCC>) wollen bis Herbst der Regierungskommission ein eigenes Konzept entgegenstellen.

Daten und Fakten im nächsten Newsletter und unter www.stopppauschale.de

SOLIDARISCH STATT PAUSCHALE.



Aktuelle Termine.

Informationen über geplante Veranstaltungen des Aktionsbündnisses gibt es unter:

<http://www.stoppauschale.de/aktionen/>

STOPPAUSCHALE: DGB initiiert Bündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben die Initiative für ein Aktionsbündnis unter dem Motto „Köpfe gegen Kopfpauschale“ gestartet. Das Bündnis, das am 27.04.2010 ausgerufen wurde, bietet durch die DGB-Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrts-, Frauen- und Jugendverbände, Ärzteverbände und gesundheitliche Interessenvertretungen sowie Kampagnen-Dienste ein Potenzial von mehr als 25 Millionen Mitgliedern. Unterstützt wird das Bündnis auch von prominenten Botschaftern wie Dieter Hildebrandt, Lea Rosh, Günter Wallraff, Friedrich Schorlemmer, Klaus Staeck oder Fatih Cevikkollu und Lothar Dombrowski. Weitere Informationen und Möglichkeiten zum Mitmachen unter

<http://www.stoppauschale.de>

Ein Schwerpunkt der Internationalen Arbeitskonferenz: HIV/AIDS und die Arbeitswelt

Neuerscheinungen:

Sachverständigenkommission des 13. Kinder- und Jugendberichts (Hrsg.): Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen. Materialien zum 13. Kinder- und Jugendbericht, Verlag Deutsches Jugendinstitut, München 2010; 1112 Seiten, 49,80 EUR; ISBN: 978-3-87966-445-0.

In den ersten drei Juni-Wochen werden dazu die Verhandlungen zwischen Regierungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossen. Im Zentrum steht die Frage, welche internationalen Vereinbarungen es zu diesem Thema geben wird. Verhandelt wird im Ausschuss zu HIV/AIDS in der Arbeitswelt bei der 99. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz (IAA). Die deutschen Arbeitgeber waren zu diesen wichtigen Verhandlungen im vergangenen Jahr nicht vertreten.

Mehr Informationen unter:

http://www.ilo.org/global/What_we_do/Officialmeetings/ilc/ILCSessions/99thSession/report/lang--en/index.htm

Klemperer, David:
Sozialmedizin – Public Health. Lehrbuch für Gesundheits- und Sozialberufe, unter Mitarbeit von Bernard Braun, Bern 2010; 336 Seiten, 24,95 EUR; ISBN: 978-3-456-84824-2.

Alterssicherung:

Rentenanpassung 2010 – nur eine kurze Verschnaufpause

Am 21. April hat das Bundeskabinett die Rentenanpassungsverordnung 2010 beschlossen – mit einer Nullrunde für die knapp 19 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland. Eine weitere Nullrunde droht auch im nächsten Jahr, weil die Löhne wegen der Wirtschaftskrise kaum steigen werden.

Die kurz vor der Bundestagswahl ergänzte Schutzklausel im Gesetz bewahrt die Rentnerinnen und Rentner vor Rentenkürzungen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik sanken die Bruttolöhne und -gehälter – zumindest in den westlichen Bundesländern. Die der Rentenanpassung zugrunde gelegten Arbeitseinkommen gingen dort von 2008 auf 2009 um 0,96 % zurück. Besser sieht es im Osten aus: Dort stieg diese Bemessungsgröße trotz der Krise um 0,61 %. In beiden Landesteilen schlagen aber zusätzlich der Riester- und der Nachhaltigkeitsfaktor zu. Ohne die Schutzklausel wäre der aktuelle Rentenwert (West) von 27,20 € auf 26,63 € gesunken (ca. -2,1 %), der aktuelle Rentenwert (Ost) von 24,13 € auf 24 € (-0,5 %).

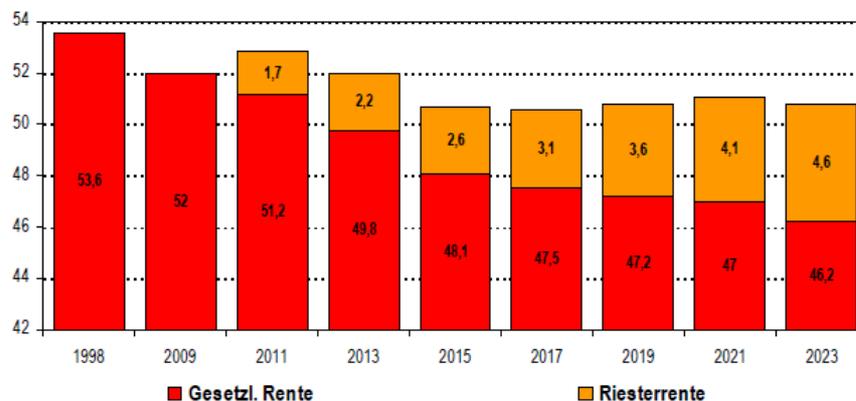
Das Gesetz schreibt vor, dass die „unterlassenen“ Kürzungen nachholt werden müssen. Künftige Rentenanpassungen werden so lange um die Hälfte gekürzt, bis der so genannte Ausgleichsbedarf abgebaut ist: Der beträgt im Westen 3,81 % und im Osten 1,83 %. Damit drohen den Rentnerinnen und Rentnern auf Jahre hinweg Mini-Anpassungen. Der Ausgleichsbedarf war in den westlichen Bundesländern vor der Krise geringer als in den ostdeutschen Bundesländern, ist aber wegen der gesunkenen Bruttolöhne und -gehälter im Westen deutlich stärker angewachsen als in den ostdeutschen Bundesländern. Daraus ergibt sich, dass der Abbau des Ausgleichsbedarfs in den Folgejahren den Abstand der beiden aktuellen Rentenwerte verringert und damit die „Rentenangleichung“ voranbringt – aber nur, weil sich der Westen aktuell „von oben“ den ostdeutschen Einkommen annähert.

Die Krise schlägt bei den Arbeitnehmerinkommen und – zeitverzögert – bei den Rentenanpassungen gleichermaßen durch. Die Schutzklausel im Rentenrecht führt aber aktuell zu stabilen Bruttorenten – und leistet damit einen Beitrag auch zur Stabilisierung der Binnen- nachfrage. Die gesetzliche Rentenversicherung beweist in der Krise ihre Verlässlichkeit – übrigens auch bei den Beiträgen, die ohne größere Einbußen fließen. In den vergangenen zwei Krisenjahren gab es insgesamt noch einen Haushaltsüberschuss, und im Jahr 2010 wird es nur auf ein kleines Defizit hinauslaufen, das durch die Nachhaltigkeitsrücklage aufgefangen werden kann.

Darauf kommt es in den nächsten Jahren an: Die Kosten der Krise müssen gerecht verteilt werden – die Verursacher und Profiteure müssen dazu ihren Beitrag leisten. Weitere Lohnzurückhaltung auf breiter Front wäre weder verteilungspolitisch noch wirtschaftspolitisch vertretbar. Der Arbeitsmarkt muss weiter stabilisiert werden – nicht nur durch das Kurzarbeitergeld, sondern vor allem dadurch, dass konsequent gegen Lohndumping vorgegangen wird. Mindestlöhne, die zum Leben reichen; allgemeinverbindliche Tarifverträge und ein soziales Vergaberecht sind dazu wichtige Bausteine und stärken auch die

Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssysteme. Die Nettoeinkommen dürfen nicht durch unsoziale Kopfpauschalen in der gesetzlichen Krankenversicherung belastet werden – für Rentner mit 900 € Rente wäre bereits Röslers „Mini-Prämie“ von 29 € eine Rentenkürzung um 3,2 %.

Zudem brauchen wir eine ehrliche Bilanz nach 10 Jahren Riesterreform: Die Sicherungslücke in der gesetzlichen Rentenversicherung wird in den nächsten Jahren viel zu groß, als dass sie durch zusätzliche Vorsorge gefüllt werden kann (siehe Grafik). Der Nachhaltigkeitsfaktor sorgt dafür, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer größer werdenden Löchern hinterhersparen müssen, er muss deshalb beseitigt werden. Außerdem muss die Armutsbekämpfung in der gesetzlichen Rentenversicherung einen höheren Stellenwert bekommen – Niedrigverdiener und Langzeitarbeitslose müssen besser bei der Rente abgesichert werden. Der DGB wird dazu auf seinem Bundeskongress vom 16. bis zum 20. Mai 2010 konkrete Forderungen verabschieden.



Quelle: Alterssicherungsbericht 2008; eigene Darstellung

Arbeitsschutz:

Weiterer Abbau der Gewerbeaufsicht ist verantwortungslos

Fast alle Bundesländer sparen weiter bei der Gewerbeaufsicht. So wurden in Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt zwischen 2005 und 2008 über 30 % der Stellen bei der Gewerbeaufsicht gestrichen. Ausreichende staatliche Kontrollen werden dadurch in Frage gestellt. In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein sollen nur noch etwa 50 Gewerbe-

aufsichtsbeamte in Zusammenarbeit mit der Unfallkasse Nord die Aufsicht gewährleisten. Tatsächlich erforderlich wären über 150 Stellen. Damit die Gewerbeaufsichtsämter ihren Aufgaben gerecht werden können, brauchen sie ausreichendes Personal und stabile Strukturen, die nicht zu stark dezentralisiert sein dürfen, fordert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Von der Leyen rudert bei optischer Strahlung zurück

Der noch unter Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) entstandene Verordnungsentwurf zu optischer Strahlung wurde nachträglich verschlechtert. Insbesondere hat die Führung des Ministeriums die Vorschriften gestrichen, die sich auf natürliche optische Strahlung beziehen. Durch UV-Strahlung werden vor allem Beschäftigte gefährdet, die zum Beispiel in der Landwirtschaft oder auf Baustellen arbeiten.

CDU-Abgeordnete unterstützten eine Kampagne der Bauwirtschaft, die die Vorhaben als sogenannte Sonnenscheinrichtlinie ins Lächerliche zog, und Frau von der Leyen gab diesem Druck nach. Auch die Streichung des Laserschutzbeauftragten aus der Verordnung und die veränderte Regelung der Aufbewahrung von Expositionsdaten werden vom DGB kritisiert. An anderer Stelle geht der Gesetzgeber weit entschiedener gegen optische Strahlung vor. So verbietet er seit dem vergangenen Jahr Minderjährigen jeglichen Besuch in Solarien – ausdrücklich, um sie vor den UV-Strahlen zu schützen, die im Freien angeblich unschädlich sind.

Prävention & Teilhabe

Eine Arbeitswelt für alle: UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen!

In der Ausgabe 4/2010 berichtet die Zeitschrift „gute ARBEIT“ (www.gutearbeit-online.de) über das erste Jahr seit dem Inkrafttreten der UN-Konvention in Deutschland. Es werden die Fortschritte hin zu einer barrierefreien Arbeitswelt und zu guten, gesundheits- und behindertengerechten Arbeitsbedingungen beschrieben.

„Prävention, Gesundheit und die Bedürfnisse der Menschen müssen in der Arbeitswelt im Vordergrund stehen!“, forderte Annelie Buntenbach anlässlich einer gewerkschaftlichen Veranstaltung am 23. März in Berlin. Um die Beschäftigungschancen zu erhöhen, fordert der DGB von der Bundesregierung ein umfassendes Maßnahmenbündel. Der DGB wird sich

an der Entwicklung des Nationalen Aktionsplans der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Konvention beteiligen. Ein wichtiger Zwischenschritt ist der „Visionskongress“ des BMAS Ende Juni 2010.

Das „DGB-Positionspapier für eine inklusive Arbeitswelt“ ist unter www.dgb.de/presse (PM 041) abrufbar.

Betriebliche Prävention organisieren: Neue Unfallverhütungsvorschrift zu den Einsatzzeiten von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit

Im Januar 2011 soll die neue Vorschrift in Kraft treten und befindet sich jetzt noch im Abstimmungsprozess zwischen den Landesarbeitsschutzbehörden und dem Bundesministerium. Der Entwurf wurde von der Selbstverwaltung der gesetzlichen Unfallversicherung erstellt. Aus gewerkschaftlicher Sicht erfreulich: Eine Reduzierung der Einsatzzeiten und eine unproduktive Konkurrenz zwischen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Einsatzzeiten konnte verhindert werden. Darüber hinaus wurde mit ausdrücklicher Berücksichtigung der Gefährdungsbeurteilung, der psychischen Belastungen, der demographischen Entwicklung, aber auch der Teilhabeinteressen Schwerbehinderter ein zeitgemäßer, ganzheitlicher Betreuungsansatz entwickelt.

Weitere Informationen und die aktuelle Entwurfsfassung können von den Internetseiten www.gutearbeit-online.de heruntergeladen werden.

Gemeinsam für den Behindertensport: Die Kliniktour 2010

Zu den Aufgaben der gesetzlichen Unfallversicherung gehört nicht nur, die Prävention mit allen geeigneten Mitteln durchzuführen, sondern auch nach Eintritt von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Versicherten mit allen geeigneten Mitteln wieder herzustellen. Sport spielt im Rahmen der medizinischen und sozialen Rehabilitation dabei eine wesentliche Rolle. In den Reha-Abteilungen der berufs-genossenschaftlichen Unfallkliniken stellt der Sport deshalb einen besonderen Schwerpunkt dar. Das dort gesammelte Wissen und die optimale medizinische und sportliche Betreuung soll einem breiteren Publikum vorgestellt werden. Aus diesem Grund wird die interessierte Öffentlichkeit zu verschiedenen Informationsveranstaltungen eingeladen. Einige Kliniken führen dazu einen Tag der offenen Tür durch, andere präsentieren sich direkt im Rahmen von Veranstaltungen des Behindertensports. An den Aktionstagen können die Besucher mehr erfahren über die Bedeutung des Sports für die Rehabilitation.

Schirmherr der Kliniktour ist – wie bereits im Jahr 2008 – Bundespräsident Horst Köhler.

Einige der nächsten Termine sind der 15. Mai 2010 in Leipzig, der 19. Juni 2010 in Kiel oder der 25. Juni 2010 in Hamburg. Eine aktuelle Übersicht ist unter www.dguv.de erhältlich.

Termine

Zur aktuellen Sozialstaatsdebatte:

Annelie Buntenbach: **Vom Sozialstaat zum Sozialhilfestaat?**

Sozialpolitik am Wendepunkt, in: Soziale Sicherheit 4/2010, S. 125-129, <http://www.aib-verlag.de/de/zeitschriften/soziale-sicherheit/index.php>

Allgemeine Sozialpolitik

Vom 29.9. bis 1.10.2010 findet eine Internationale Politik- und Forschungskonferenz zum Thema soziale Sicherheit statt: „Neue Trends in Zeiten der Instabilität: neue Herausforderungen und Chancen für die soziale Sicherheit“, organisiert von der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) in Luxemburg. Weitere Informationen gibt es unter: <http://www.issa.int/ger/News-Veranstaltungen/Events/Internationale-Politik-und-Forschungskonferenz-ueber-soziale-Sicherheit>

Gesundheitspolitik

12. Mai 2010

Start des Gesundheitspolitischen Kolloquiums im Sommersemester 2010 zu "Mehr Effizienz und Qualität in der gesundheitlichen Versorgung – Zukunftsfähige Strategien für die Ausgabensteuerung in der Kranken- und Pflegeversicherung" in Bremen: <http://www.zes.uni-bremen.de/ccm/navigation/veranstaltungen/gesundheitspolitisches-kolloquium/>

17. Juni 2010

Fachtagung zu „Kollektivverträge und Selektivverträge in der ambulanten ärztlichen Versorgung“ der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V., Kontakt: http://www.sozialerfortschritt.de/?page_id=47

6. Juli 2010

Medizinkongress der BARMER GEK und des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen in Berlin: <http://www.zes.uni-bremen.de/ccm/content/veranstaltungen/tagungen/2010/barmer-gek-kongress-2010.de>

16.–18. September 2010 (Vorankündigung)

Konferenz „... global, gerecht, gesund“ von Gesundheit Berlin-Brandenburg und medico international in Berlin.

Erstmals werden sich Organisationen und Initiativen aus nationalen wie internationalen gesundheitspolitischen Bereichen gemeinsam mit der aktuellen gesundheitspolitischen Situation in Entwicklungs- und Industrienationen auseinandersetzen und diskutieren, wie Gesundheit in Deutschland und weltweit als öffentliches Gut verteidigt und gestärkt werden kann.

21.–25. September 2010

Kongress „Individualisierte Prävention und Epidemiologie: Die moderne Medizin“, veranstaltet durch die Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention, die Deutsche Gesellschaft für Epidemiologie und die European Union of Medicine in Assurance and Social Security in Berlin: <http://www.kongress2010.de/de/>

3./4. Dezember 2010

16. Kongress „Armut und Gesundheit“ von Gesundheit Berlin-Brandenburg, Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung, in Berlin: <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/?id=Seite9461>

Bestellen können Sie unseren Newsletter seit April auf unserer Homepage unter folgender Adresse: <https://www.dgb.de/service/newsletter>.

Zum Abbestellen des Newsletters benutzen Sie bitte folgenden Link:

<https://www.dgb.de/service/newsletter?unsubscribe=dgb.bv.sozialpolitik>